

# „Gegen Spardiktate und Nationalismus“

## 6. Griechenlandsolireise vom 24.9. bis 3.10. 2017

### Reisebericht Teil 3

Dienstagnachmittag 26.9.

## Landraub in Griechenland:

### Aus dem ehemaligen Athener Flughafen Ellinikó wird ein luxuriöses Küstenresort

Seit 2001 ist Athens internationaler Flughafen Ellinikó stillgelegt. Mehr als sechs Jahrzehnte lang war er der einzige Verkehrsflughafen der Region Attika, bis für Olympia 2004 in Athen ein neuer gebaut wurde. Seitdem liegt das 620 Hektar große Flughafengelände brach.

Das Gelände und leer stehende Hallen wurden vorübergehend als Solidarische Klinik, Notunterkunft für Geflüchtete\* oder als Filmkulisse genutzt. Bereits 2004 gab es Pläne zur Errichtung von Attikas größtem Park. Dann wurde unter Druck der Memoranden die Privatisierung gerichtlich beschlossen und der Flughafen für einen Spottpreis verkauft.

Griechenlands erzwungenes Privatisierungsprogramm ist ein elementarer Bestandteil der Memoranden, wodurch der griechische Staat und die Bevölkerung skrupellos ausgeplündert werden.

Um über die Zukunft des Geländes mehr zu erfahren, treffen wir uns mit den Stadtplanern und Aktivisten Phaidon und Elleni Portaliou am großen Strand des nun privatisierten, ehemaligen Flughafens.

Ein eindringlicher, unangenehmer Gestank steigt uns in die Nase, als wir dem Meer näher kommen. Eine schwarze ölige Masse bedeckt das Wasser. Schwarze Säcke säumen den Strand und ein kleines Boot entfernt mit mechanischen Mitteln den Ölfilm, welcher durch Bojen abgefangen wird. Eine Woche nachdem das Tankschiff Agia Zoni II vor der Insel Psyttaleia im Saronischen Golf aus unerklärlichen Gründen gesunken ist und mindestens 300 Tonnen Öl und Diesel ins Meer geströmt sind, sind hier, wenige km entfernt, die katastrophalen Auswirkungen deutlich zu sehen.

Phaidon zeigt uns die nun von Öl bedeckte Küste und versucht uns einen Überblick über das riesige Gelände zu geben. Er zeigt uns, wo an der Küste luxuriöse Hochhäuser entstehen sollen. Noch steht hier ein Wald aus Palmen, welche im Sonnenuntergang golden schimmern. Er erzählt, dass der 40 Hektar große Wald vom Staat nicht als solcher anerkannt wurde und nun gänzlich dem Bauvorhaben weichen soll. Auch eine antike Ausgrabung in der Nähe wird durch den Bau eines hoteleigenen Hafens zerstört, was nach Gesetz eigentlich verboten ist. Neben einer Ausstellungshalle soll auch eine private Universität gebaut werden, ein Casino sowie Hotels und Luxuswohnanlagen sollen hier bald entstehen.

„Eine neue, private Stadt wird hier gebaut“, sagen uns die Aktivisten des Protests gegen die Bebauung des Geländes und fordern einen Park, der auch antike Bauten schützt oder einbindet. „Am Ende bleibt nur 1/3 der Fläche wirklich grün und diese private Stadt wird auch schlechte ökologische und finanzielle Auswirkungen, besonders auf kleine und mittelständische Unternehmen, in Athen haben. Auch den Tourismus in Athen wird es treffen. All dies wird getan, obwohl es ein Verbot gibt die Küste weiter zu bebauen.“

Da es in der Gegend keine großen Grünflächen gibt, war die ursprüngliche Idee die Errichtung des größten Parks der Region. Im Jahr 2004 gab es bereits Pläne für dieses Vorhaben. Hier sollten auch 450 Gebäude mit bezahlbaren Wohnungen gebaut werden. Auch Syriza war vor der Wahl gegen die Bebauung und es gab eine große Protestbewegung gegen große Investoren. Dann kamen die Krise und die Memoranden der Troika. Besetzte Gebäude mussten aus der Hand gegeben werden und nach dieser Enttäuschung wurde es schwieriger die Bewegung weiterhin zu mobilisieren.

Trotz internationaler Ausschreibungen wurde das Grundstück letztendlich für nur 915 Millionen Euro an den griechischen Immobilieninvestor Lambda Development verkauft. Das Unternehmen will zusammen mit der chinesischen Firma Fosun und einer weiteren, in Abu Dhabi ansässigen, unter dem Namen Global Investment Group mehr als acht Milliarden Euro investieren. Zwei unabhängige Gutachter\*innen schätzen den Verkaufspreis für 2-4fach unter dem Wert.

„In den Medien werden Bilder mit viel Grünfläche gezeigt. Diese stimmen aber mit den realen Plänen nicht überein“, sagt uns der Stadtplaner und zeigt uns die richtigen Pläne, auf denen vor allem die Wolkenkratzer herausstechen. „Einige glauben auch an das Versprechen neuer Arbeitsplätze.“ Nach dem Aufbau wird dieses neue "Las Vegas oder Dubai" mit einer privaten Infrastruktur für GriechInnen aus der Region aber wohl eher keinen Platz zum dauerhaft Leben und Arbeiten bieten.

-----  
*\*Randspalte:*

*Als 2015 mehr als eine Million vor Krieg flüchtender Menschen in Griechenland gestrandet sind, wurden zwischen 3500-6000 Menschen im Flughafengebäude und um den Flughafen in den angrenzenden Hallen unter miserablen Bedingungen untergebracht. Ausgelegt war dieses Lager lediglich für 700 Menschen. Rund 1.000 Geflüchtete traten dort in den Hungerstreik um gegen die Zustände der Unterbringung und die Aussichtslosigkeit ihrer Lage zu demonstrieren. Kurz darauf wurde der Flughafen geräumt und viele der Menschen wurden, gegen ihren Willen, in abgelegene Lager mitten auf dem Land untergebracht.*

Mittwochnachmittag, 27.9.

## **Ich zahle nicht! -**

### **Aktivist\*innen kämpfen energisch für das Recht auf Wohnen.**

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich ein Teil unserer Reisegruppe spontan mit Genoss\*innen einer Initiative gegen Zwangsversteigerungen in Thessaloniki getroffen. Wir waren damals sehr beeindruckt von den Erzählungen über blockierte Gerichtsverhandlungen und den entschlossenen Widerstand gegen die Zwangsversteigerungen von Privatwohnungen und kleinen Läden.

In diesem Jahr besuchten wir deshalb auch Aktivist\*innen der Initiative in Athen und statteten im zweiten Teil der Reise auch unseren Freunden in Thessaloniki einen kleinen Besuch ab.

Wie auch in den vielen anderen Kämpfen stehen sich immer die drei selben, wenn auch ungleichen Gegner gegenüber. Auf der einen Seite die SYRIZA-Regierung mit der Troika im Rücken und auf der anderen Seite die krisengeschüttelte Gesellschaft Griechenlands.

Historisch gewachsen besitzen in Griechenland circa 80% der Menschen ihre Wohnungen und Wohnhäuser selbst. Ganz im Gegensatz zur deutschen Mieter\*innengesellschaft. Ab den 1990er Jahren stiegen die Immobilienpreise und viele Menschen waren gezwungen Kredite für den Kauf aufzunehmen. Bis 2010 konnten nur etwa 5% dieser Kredite nicht bedient werden. Mit der Krise stieg dieser Anteil auf über 50% massiv an. Neben Steuerschulden oder Schulden durch Strom, Wasser bzw. Krankenversicherung führen diese Kreditschulden dazu, dass die Menschen Hypotheken auf ihre Wohnungen aufnehmen müssen.

Von 2008 bis 2013 existierte deshalb ein Gesetz, welches den Erstwohnsitz dieser Menschen schützte. Neben diesem Gesetz existiert seit 2010 das sogenannte Katseli-Gesetz, welches überschuldete Privatpersonen entlasten sollte. Damit soll ein gerichtlich festgelegter Schuldenplan auch gegen die Gläubiger durchgesetzt werden können. Die vielen Ausnahmen bei der Anwendung der Regel und die Abhängigkeit vom Gutdünken der Richter\*innen schreckt viele, vor allem ärmere

Menschen davon ab die finanziellen Mittel und psychische Kraft aufzubieten und sich durch das Verfahren zu kämpfen. Dies ist verständlich, denn nur etwa 50% der Verfahren enden positiv.

Auf Drängen der Troika wurde das erste Gesetz letztendlich ersatzlos gestrichen und durch einen mündlichen Kompromiss zwischen Staat und Banken ersetzt, den ersten Wohnsitz nicht zu versteigern. Daraufhin kam es zu einem ersten landesweiten Vernetzungs- und Strategietreffen von Initiativen gegen die trotz allem zunehmenden Zwangsversteigerungen. Dort wurden drei zentrale Forderungen aufgestellt. Neben einem allgemeinen Recht auf Wohnen konzentrierten diese sich auf die Neuverhandlung der Kreditkonditionen sogenannter „roter“ (also notleidender) Kredite. Damit sollen die Bedingungen einerseits an den aktuellen Lohn angepasst werden und andererseits der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Banken durch staatliche Subventionen bereits zu Beginn der Krise für ihr Risiko auf Grund der roten Kredite entschädigt wurden.

Mit dem Ziel aufzuzeigen, dass nicht die oder der einzelne Schuld hat, sondern Krise und Memoranden zur Zuspitzung der persönlichen Schuldensituation führten, organisieren die Initiativen immer wieder Veranstaltungen und erstellen Broschüren um über strukturelle Hintergründe, Möglichkeiten des Widerstands und rechtliche Möglichkeiten aufzuklären.

Die Gründung einer Vielzahl von Initiativen und die kontinuierliche Arbeit und Aktion haben Erfolg. Nach eigener Aussage werden derzeit 90% der wöchentlich circa 240 stattfindenden Zwangsversteigerungen verhindert. 40% dieser Versteigerungen finden in Attika statt.

Nach unserem langen Gespräch in einem kleinen Straßencafé mitten im Viertel Exarchia begleitete eine kleine Gruppe von uns die Initiative zu einem überregionalen Treffen und durfte dort ein paar nette Grußworte an die vielen anwesenden Aktivist\*innen richten, bevor intensiv über die kommenden landesweiten Aktionen diskutiert wurde.

Einige Tage später traf ein Teil der Reisegruppe unsere Freunde der Initiative in Thessaloniki wieder. Da uns die Hintergründe der Zwangsversteigerungen bereits geläufig waren, diskutierten wir viele der aktuellen Entwicklungen.

Da viele der Gesetze zum Schutz der Betroffenen bereits abgeschafft oder relativiert wurden, versucht die Regierung in Kooperation mit der Troika nun aktiv gegen die Bewegung und ihre Aktionsformen vor zu gehen.

Einige Aktivist\*innen der Bewegung werden massiv verfolgt und eingeschüchtert. Außerdem sollen die Versteigerungen sukzessive elektronisch abgewickelt werden um die bisher sehr erfolgreichen Blockaden der Gerichte zu umgehen. Auch der kürzlich beschlossene, strengere gesetzliche Schutz von Notaren ist hier zu erwähnen, denn zuletzt hatten sich einige Notarsverbände auf Druck der Bewegung geweigert weiterhin Auktionen durchzuführen. Nicht zuletzt läuft zum 31.12.2017 auch das bereits angesprochene Katseli-Gesetz aus. Damit existiert de facto keine Rechtsgrundlage mehr um privaten Wohnraum vor den Gläubiger\*innen zu schützen.

Trotz dieser düsteren Aussichten zeigten sich die Aktiven zuversichtlich. Sie wollen weiterhin Druck auf die Notare und Banken ausüben um diese an der Durchführung dieser Form der Enteignung von Oben zu hindern. Auch wollen sie erreichen, dass der Staat und die SYRIZA-Regierung ihre Angriffe auf die Bewegung beenden und endlich den Erstwohnsitz aller Menschen gesetzlich schützen.

Besonders beeindruckt und interessiert zeigten sie sich vom Austausch mit Aktiven des Bündnisses gegen Zwangsräumungen in Berlin und deren internationaler Vernetzung, die trotz der griechenlandweiten Bedeutung bisher keine Rolle spielte. Das soll sich in Zukunft ändern und wir konnten mit unseren Reisen und Veranstaltungen vielleicht bereits ein klein wenig dazu beitragen.

## Distomo

Unsere Freunde vom Arbeiterzentrum bringen uns nach Distomo. Das Dorf liegt etwa 20 Minuten mit dem Auto von Livadia entfernt am Fuß des Parnass-Gebirges.

Am 10. Juni 1944 verübte in Distomo eine Einheit der Waffen-SS ein grausames Massaker. 218 Menschen wurden auf kaum beschreibbare Weise ermordet. Das Dorf wurde geplündert und die Häuser niedergebrannt.

Zuvor hatten Partisanen einen Konvoi der Wehrmacht und Waffen-SS auf der Straße nach Livadia angegriffen. Aus Rache für den Widerstand der Partisanen und die eigenen Verluste ermordeten die Soldaten die wehrlosen Menschen im nahegelegenen Ort. Darunter 50 Kinder. Das Jüngste war erst zwei Monate alt. Es gab nur wenige Überlebende, die sich verstecken oder fliehen konnten.

Distomo ist auch der Heimatort von Yannis. Wie er uns bei einem unserer vorherigen Besuche berichtete, waren unter den Opfern auch viele Angehörige seiner Familie.

Das Mahnmal, das an dieses Verbrechen erinnert, liegt auf einem Hügel vor dem Ort. Der Himmel ist grau und Wind und Regen fegen über die Anhöhe. Wir rücken eng zusammen und folgen Yannis' Schilderung der damaligen Ereignisse. Hinter uns das kleine Mausoleum mit den Totenschädeln der Ermordeten und neben uns die lange Tafel, die die Namen und das Alter aller 218 Opfer trägt.

Dann verliert Rolf seinen Redebeitrag, in dem er ausdrückt, was uns alle bewegt: Das Leid der Opfer, der Überlebenden und der Nachkommen und ihr Kampf um Gerechtigkeit. Die Mörder ließ man alle laufen und sämtliche deutschen Nachkriegs-Regierungen schmetterten die Forderungen nach materieller Entschädigung und Reparationen eiskalt ab.

Der anschließende Besuch im Museum in Distomo verstärkt noch den Eindruck, den die Gedenkstätte hinterlassen hat. Wir sehen einen Film, in dem Überlebende des Massakers berichten, was sie persönlich erlitten, und wie lange der Schock über die Gewalt und den Verlust der Angehörigen und Freunde das ganze Leben im Dorf bestimmte.

In ganz Griechenland wurden mit dieser Politik der verbrannten Erde über 1500 Dörfer und Kleinstädte zerstört und Zehntausende Menschen ermordet. Die sogenannte Zwangsanleihe, die die deutschen Faschisten dem griechischen Staat abpresste, hatte eine Hungersnot zur Folge, die 300.000 Menschenleben kostete. Das ganze Land wurde systematisch ausgeplündert und die Infrastruktur zerstört.

Wir hörten in Distomo immer wieder, dass es beim Kampf um Entschädigung und Reparationen nicht um das Geld geht, sondern um die Würde.

Es ist eine Schande, dass sämtliche deutsche Bundesregierungen ihre Verantwortung ablehnten und bis heute die griechischen Forderungen mit juristischen Winkelzügen abwehren. Es hat sich noch immer nicht geändert: Wer das Geld hat, hat die Macht und wer die Macht hat, hat das Recht.

(Gisela)

Sonnabendmittag, 30.9.

### Bei ANTARSYA

Wir hatten auch letztes Jahr ein Treffen am gleichen Ort, genauer mit einer Gruppe aus ANTARSYA, der Neuen Linken Strömung. ANTARSYA ist eine Bündnisorganisation, deren Namen aus den griechischen Wörtern „Antikapitalistische Linke Zusammenarbeit für den Umsturz“ zusammengesetzt ist („**Ant**ikapitalistiki **Aristeri** **Synergasia** gia tin **Anatropi**“). „Antarsya“ ist zugleich ein griechisches Wort mit der Bedeutung „Meuterei“.

Diesmal waren vier Genossen aus dem ZK da und eine weitere Frau, die verschiedene Gruppen vertraten.

ANTARSYA wurde 2009 gegründet, zu Beginn der strukturellen Krise, ein wesentliches Motiv war die Kritik an der Politik der KKE, aus der viele kommen.

Sie arbeiten in Gewerkschaften (als eigene Plattform), beteiligen sich an verschiedenen Bündnissen, arbeiten in Initiativen mit, aktuell z.B. an der gegen Zwangsversteigerungen, überall wo soziale Kämpfe stattfinden. Sie sind im Öffentlichen Dienst gut vertreten, fast so gut wie die KKE und konnten auch einiges für die KollegInnen rausholen.

Zu ihrem Programm: Raus aus NATO, EURO und EU; Streichung der Staatsschulden; Verstaatlichung der Banken, damit sie der Arbeiterklasse dienen können; Verstaatlichung großer Unternehmen mit strategischer Bedeutung; wollen Gewerkschaften vom staatlichen Einfluss befreien und wieder unter Kontrolle der Arbeiter bringen. In den Gewerkschaften propagieren sie die Forderung nach Schuldenstreichung und haben damit Erfolg. Drei Punkte sind für sie zentral: Antirassismus, Antifaschismus, gegen den Krieg.

In den letzten Jahren trugen sie dazu bei, dass im Öffentlichen Dienst Gewerkschaftsforderungen von unten entwickelt wurden. Schon sehr früh konzentrierten sie sich auf Antirassismus und Antifaschismus, was heute immer aktueller wird.

Im Öffentlichen Dienst gibt es aktuell den Kampf gegen „Leistungsbeurteilungen“. Es ist jetzt der zweite Versuch, diese einzuführen [siehe dazu die Berichte aus den Schulen und den Sonntagabend]. Vor drei Jahren war es noch die Nea-Demokratia-Regierung. Aber die Einführung wurde damals abgewehrt. Im Öffentlichen Dienst allgemein verweigerten 90%, an den Schulen 100%. Im Moment hat der neue Versuch die Schulen noch nicht erreicht.

Die Leistungsbeurteilung hat drei Stufen:

- Eigenbeurteilung (innerhalb von zehn Tagen)
- Vorgesetztenbeurteilung (innerhalb von zehn Tagen)
- Behörde beurteilt die Vorgesetzten.

Der Hintergrund des Ganzen ist:

- Auflagen der Gläubiger
- Man will die Beschäftigten spalten.
- Man will privatisieren (z.B. Müllabfuhr, Wasserwerke usw.).

Die Vorstände der Gewerkschaften rufen aufgrund des Drucks von unten zur Verweigerung auf. Auch letzte Woche fanden deswegen Gewerkschaftsversammlungen statt. Aufgrund des Drucks mussten Vorgesetzte in einzelnen Bereichen ihre Nichtteilnahme erklären. Mögliche Konsequenzen sind noch nicht bekannt, aber es kann zu Entlassungen kommen.

Vor drei Jahren hat man zweieinhalbtausend Lehrer freigestellt, da man sie nicht entlassen konnte. Jetzt wird mit Nichtbeförderung gedroht. Vielleicht führt das auch zu Entlassungen nach zwei Jahren?

Eine Frage zum Verhältnis von NAR (Neue Linke Strömung) und ANTARSYA:

Die NAR ist Gründungsmitglied, eine der größeren Gruppen. Für sie ist ANTARSYA eine wichtige Front, ein Fortschritt in der Zusammenarbeit antikapitalistischer Organisationen.

Durch die Kapitulation von SYRIZA gibt es eine neue Landschaft auf der Linken: Sehr viele Menschen sehen in ANTARSYA eine Lösung ohne schon einzutreten. Innerhalb von ANTARSYA gibt es eine Diskussion um die Fragen, wie man an mehr Menschen herankommt und wie an die kleinen Organisationen, die bei SYRIZA waren. Sie haben dazu Vorschläge: Einmal ein öffentlicher Aufruf an alle linken Organisationen zum gemeinsamen Kampf in den wichtigsten Fragen. Zum anderen den Vorschlag, ein gemeinsames politisches Programm aufzustellen.

Die KP (KKE) und die Volkseinheit (LAE) machen da nicht mit. Es sind eher kleinere Gruppen, die von der KKE oder SYRIZA weg sind, oder traditionelle linke Grüppchen oder unabhängige Menschen. Ihr Vorschlag ist, bei ANTARSYA als Bündnis und nicht als Partei mitzumachen.

Das Wichtigste sind nicht die nächsten Wahlen, sondern konkrete Kämpfe zu unterstützen, z.B. gegen Zwangsversteigerungen. Erst kommt die Zusammenarbeit, dann die Wahlfrage. Die wichtigste Aufgabe ist es, die Massenbewegung zu stärken, das Parlament kommt später.

Seit SYRIZA an der Regierung ist, blockieren deren Mitglieder Aktionen wie Streiks usw.

Frage: Wenn Wahlen und Parlament so unwichtig sind, warum dann überhaupt kandidieren und wie bei den letzten Wahlen 0,9% bekommen?

Das Parlament ist nicht unwichtig, sondern Teil des Kampfes. Man kann im Parlament auch was bewirken. ANTARSYA hat ja relativ viele Stimmen bekommen, im Januar 2015 1,2 %. Die KKE liegt momentan bei 4,5%. In elf von 13 Regionalräten Griechenlands sind sie vertreten mit einem Stimmenanteil zwischen zwei und sechs Prozent. In den Gewerkschaften des Privatsektors bekommen sie 5,5%, im Öffentlichen Dienst 12,5% und bei den Lehrern 25%.

Sie werden immer an Wahlen teilnehmen. Sie sind programmatisch mit KKE und LAE zu weit auseinander, deshalb kein Bündnis.

Bevor man zusammen arbeiten kann, muss man gemeinsam kämpfen und einen gleichberechtigten Dialog führen. Das sind ihre zwei Vorbedingungen. Erst Einigung in der Politik gegen die Spardiktate, bei Antirassismus und Antifaschismus.

Eine Frage zu der wirtschaftlichen Entwicklung. Laut der bürgerlichen Presse habe Griechenland ja die Wende geschafft.

Ziel der EU und des griechischen Kapitals sind die „Reformen“, insbesondere im Bereich der Arbeitsgesetze, die in Richtung Hartz IV gedreht werden. Dafür gab es seit 2010 sieben Regierungen. Die nützlichste in diesem Sinne ist jetzt die Syriza-Regierung, da sie den Widerstand der Massenbewegung kaputt gemacht hat. Die EU und die deutsche Regierung wollen deshalb Syriza an der Regierung halten. Das verschafft ihr einen kleinen Spielraum. Man lässt ihr z.B. etwas Zeit bei der Umsetzung der angesprochenen Leistungsbeurteilungen oder bei der Umsetzung der Auflagen.

Es gibt offiziell 1,2 Millionen Arbeitslose, davon bekamen vor drei Jahren noch 200 000 Arbeitslosengeld. Heute nur noch 80 000. Die Regierung macht kurzfristige Programme und verteilt etwas die Armut. Dadurch gibt es auf dem Papier einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Leute in diesen

Programmen bekommen z.B. für fünf Monate 300 Euro, sind nicht mehr arbeitslos und können danach aber kein Arbeitslosengeld beziehen.

Lohnerhöhungen gibt es weiterhin keine, die Tarifverträge sind weiterhin außer Kraft, obwohl Syriza versprochen hatte, sie wieder in Kraft zu setzen. Das wurde ihr von der EU untersagt. Die Steuern steigen weiter, also für die meisten Beschäftigten verschlechtert sich die Lage weiter.

Da Syriza jetzt schon seit zweieinhalb Jahren an der Regierung ist, fangen die Leute an, sich mit der schlechten und noch schlechter werdenden Lage abzufinden.

Frage: Aber man sieht doch wieder ein paar neue Geschäfte?

Es werden mehr geschlossen als neu eröffnet. Das Bild ist trügerisch.

Im Öffentlichen Dienst waren früher 750 000 Beschäftigte (inklusive Armee, Polizei, Elektrizitätswerke usw.), heute sind es noch 500 000. Alle Bereiche sind geschrumpft worden außer Armee und Polizei. Die Syriza-Regierung hat kein einziges Krankenhaus wieder eröffnet. Es wird nichts verbessert, im Gegenteil, es kommen weitere Verschlechterungen.

Zum Arbeiterwiderstand.

Die Zeit der Generalstreiks von 2010 bis 2014 ist vorbei. Aber kein Angriff bleibt unbeantwortet. Z.B. gegen die Hafprivatisierung gab es einen zweiwöchigen Streik. Besonders im Öffentlichen Dienst gibt es Gegenwehr. Zwar nicht so groß wie wünschenswert, aber es gibt sie. Erfolge sind sehr wichtig, z.B. bei den Beurteilungen. Am 11. Oktober streiken die Krankenhäuser mit einer zentralen Demo mit Beschäftigten aus dem ganzen Land in Athen. Es ist der vierte allgemeine Streik. Die Hauptforderung ist: mehr Personal [wie in Deutschland!].

Es wird auch in einer Krise immer mal wieder sowas wie einen Aufschwung geben, aber nicht für die Arbeiterklasse. Investitionen von ausländischem Kapital erfolgen, weil die Arbeitskraft so billig geworden ist.

Frage: Wie kann man denn von 300 Euro leben?

Gar nicht. Viele verlieren ihre Wohnung. Oder sie sind ohne Strom. Eltern, Großeltern verkaufen alles, was sie haben, für ihre Kinder.

Bis 2015 kämpften die Menschen gegen diese Politik und hofften auf eine linke Regierung. Seit Juli 2015 ist diese Hoffnung weg.

Wir werden an die Nachkriegszeit in Deutschland erinnert, wo es nur ums individuelle Überleben ging.

(Manfred)

**Samstag, 30. September 2017, in Thessaloniki**

## **Klinik der Solidarität vor neuen Herausforderungen**

### **Die Gesundheitsbewegung hat einen Sieg errungen**

Die Lage in Griechenland hat sich verändert. Bei unseren Reisen in den letzten Jahren waren immer mehr Menschen von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen, bis zu 33% der Menschen im Land hatten keine Versicherung mehr.

Eine der wenigen Maßnahmen, die die Syriza-Regierung auf Grund des massiven öffentlichen Drucks umgesetzt hat, hat dazu geführt, dass alle Menschen Zugang zu Gesundheitsversorgung haben.

Zumindest auf dem Papier: Das Budget für die Gesundheitsversorgung ist nicht wesentlich erhöht worden. Es müssen viel mehr Menschen als bisher mit der zur Verfügung stehenden Gesundheitsleistung auskommen.

Dennoch hat diese Maßnahme Auswirkungen auf die Arbeit der solidarischen Arztpraxis. Die Möglichkeit, auch für unversicherte Menschen, ein Krankenhaus oder eine Poliklinik aufzusuchen, hat dazu geführt, dass der Andrang in der solidarischen Arztpraxis geringer geworden ist.

Über die Weiterarbeit des großen Kollektivs ist deshalb eine Debatte entstanden.

Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, wie die künftige Arbeit der Soli-Klinik aussehen soll. Eine Position geht davon aus, dass sich durch die neuen gesetzlichen Regelungen qualitativ nichts verändert hat. Es gibt nach wie vor Menschen, die weiter von medizinischer Versorgung ausgeschlossen bleiben. Dies sind nicht nur undokumentierte Menschen, wie z.B. Geflüchtete, die sich nicht registrieren ließen, aber auch Griechinnen und Griechen, die vom System einfach überfordert sind, die aus persönlichen Gründen nicht in der Lage sind ihr „Recht auf medizinische Versorgung“ durchzusetzen. Für diese Menschen sollte die Klinik in der bisherigen Weise weitergeführt werden.

Die andere Position bezieht sich auf den Rückgang der PatientInnen und schlägt vor, die Rolle des Gesundheitszentrums neu zu bestimmen. Es sollte eine Art Beratungszentrum eingerichtet werden, in dem viel mehr als bisher politische Fragen diskutiert werden. .

Im Hintergrund der Debatte schwingen die Positionen „für oder gegen Syriza“ mit, was eine Versachlichung der Debatte erschwert.

Einigkeit scheint darin zu bestehen, dass das Projekt weitergeführt werden soll. Es hat über die Grenzen des Landes hinaus große Beachtung erzielt und die Erfahrungen der Selbstorganisation und der demokratischen Entscheidungsfindung in den Vollversammlungen haben Modellcharakter.

Die Frage, wie über die Grenzen unterschiedlicher Sichtweise hinweg gemeinsam an einer Sache gearbeitet werden kann, steht vor einer neuen Bewährungsprobe.

Mein Eindruck von diesem Prozess ist vorsichtig optimistisch. Es ist nicht der erste Konflikt, der hier im Kollektiv ausgetragen wird, und die ProtagonistInnen beider Seiten haben gute Gründe für ihre Position.

Die Frage, wie eine menschenwürdige Gesundheitspolitik aussehen soll, spielt nicht nur in Griechenland eine große Rolle, sondern sie muss überall gestellt werden.

(Hans)

### **Hürden und Hindernisse, die Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen**

Es wird nur ein Teil des Preises der benötigten Medikamente bezahlt. Die Versicherung zahlt nur den Preis für das billigste Medikament. Dieses gibt es aber oft nur auf dem Papier. Wenn es nicht verfügbar ist, müssen teurere Produkte genommen werden und der Versicherte muss die Differenz alleine tragen.

Das Gesundheitswesen wird derzeit von der EU bezuschusst. Dank der EU-Hilfe wurde das Budget für die Gesundheitsversorgung um 10% erhöht. Diese Zahlungen sind allerdings befristet. Wenn diese Zuschüsse auslaufen, weiß niemand, wie es weitergeht.

Eine weitere Hürde ist die Beschäftigung der Ärzte. Sie werden nur mit zwei- oder vierjährigen Verträgen eingestellt.

Die ärztliche Versorgung in Griechenland ist nicht mit der in Deutschland zu vergleichen. Während die Versicherten hier die Leistung von niedergelassenen Ärzten in Anspruch nehmen können, müssen Griech-innen die Konsultation bei niedergelassenen Ärzten bezahlen. Die Versicherung hat Verträge mit nur sehr wenigen Ärzten.

Die kostenlose Basisversorgung findet in Krankenhäusern und Polikliniken statt. Es gibt Menschen, die schlicht in der Bürokratie verloren gehen.

Auf dem Land und auf den Inseln ist die Situation noch viel schwieriger, weil es dort oft keine Gesundheitsstation gibt.

Sonntag, 01. Oktober 2017, in Skouries

## **Der Kampf gegen Goldbergbau geht weiter.**

Die Einladung vom Kampfkomitee Megali Panaghia, am Marathonlauf gegen den Goldbergbau teilzunehmen, passte nicht nur uns gut ins Konzept. Auch die Genossinnen aus dem Dorf konnten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen dieses wichtige Ereignis, das jährlich stattfindet, zu organisieren, zum anderen uns als internationale Gäste zu treffen.

Wir teilten uns auf: Zwei von uns nahmen an einem symbolischen Lauf teil, ein 5 km langer Parcours, der rund um das Dorf führte und an dem auch einheimische Kinder und Jugendliche teilnahmen.

Die anderen gingen mit Streckenposten in den Wald auf die Strecke des großen Marathon, der querwaldein auf einer 28 Km langen Route rund um den Berg führt, wo der Tagebau den Wald in eine Mondlandschaft verwandelt.

Im Dorf gibt es ein Volksfest mit Imbissständen, mit kostenlosem Essen, Kaffee und Kuchen, mit T-Shirt- und Bücherständen und einer bunten Menge an Zuschauern. Allerdings, so betonten TeilnehmerInnen, die wir später in Thessaloniki trafen, deutlich weniger als in den Jahren davor, wo der Widerstand gegen den Goldbergbau große Solidarität aus ganz Griechenland erfuhr.

Am nächsten Abend konnten wir an der Sitzung des Thessaloniki-Komitees gegen den Goldbergbau teilnehmen. 15-20 Leute versammelten sich in einem kleinen Ladenlokal. Die Leute freuten sich über unseren Besuch, den sie als Unterstützung wahrnahmen und gaben uns bereitwillig Auskunft.

Die Bewegung hat sich von der Enttäuschung der Hoffnung, die sie in die linke Syriza gesetzt hatte, noch nicht erholt. Einige, wie wir sehen konnten, kämpfen weiter, aber viele, die früher dabei waren, bleiben einfach zu Hause.

Der jüngste Coup des kanadischen Konzerns „El Dorado Gold“ war die Drohung, die Investitionen aus Griechenland ganz abzuziehen, wenn die fehlenden Genehmigungen aus der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erteilt werden. Syriza knickte ein und machte umgehend ein Verhandlungsangebot an den Konzern. Daraufhin zog dieser seine Drohung wieder zurück. Ein billiges Spiel. Begleitet wurde dies noch durch eine Demonstration von Minenarbeitern, die ganz auf der Seite des Konzerns standen, vor dem Umweltministerium in Athen. Sie hielten sogar kurze Zeit das Gebäude des Ministeriums besetzt.

Dem Konzern ist es gelungen eine tiefe Spaltung in die Dorfbevölkerung zu tragen. (Wir berichteten darüber in vorausgegangenen Reiseberichten.)

Inzwischen hat sich dieser Riss vertieft. Er geht quer durch die Dörfer, sogar durch die Familien. Die

Leute reden nicht mehr miteinander und es ist schwer vorstellbar, wie diese Kluft überwunden werden kann. Das Verhalten der gelben Gewerkschaft ist eine wesentliche Ursache dafür. Es kam schon zu körperlichen Angriffen von Bergarbeitern gegen die Umweltschützer. Unterstützt werde sie dabei von den Faschisten von Chrisi Avghi (C.A.). Sie hat gute Beziehungen zu dem Unternehmen und kann dadurch Jobs verschaffen. Das vergrößert ihren Einfluss in der Region. In den Dörfern ist die Mehrheit für den Goldbergbau. An der Küste ist die Mehrheit dagegen.

Früher hatten die Bergarbeiter einen normalen Umgang mit den UmweltaktivistInnen. Es war klar, dass es unterschiedliche Beschäftigungsmöglichkeiten gab.

Der industriellen Entwicklung wird in Griechenland aber besonderer Vorrang eingeräumt. Auf einem Gebiet von 30 Quadratkilometern wurden Bergbaukonzessionen erteilt. Neben dem Bergbau zählt auch das Pipeline-Projekt Southstream zum „major investment“ - zu den strategischen Investitionen. Überall im Land sind bereits Baustellen dafür zu sehen.

Die Frage nach den ökonomischen Alternativen sehen unsere Freunde des Komitees entspannt.

Es gibt eine reichhaltige Natur, eine ländliche Gegend, die entwickelt werden kann. Traditionell wurden Oliven, Obst und Gemüse angebaut. Die Gegend ist berühmt für den Honig. Es gibt Fischfang an den Küsten: All diese Produkte könnten auch für den Export genutzt werden.

In der vergangenen Woche hatte ein Umweltfestival stattgefunden, das auch mit großen Hürden zu kämpfen hatte. Plakate wurden heruntergerissen und die Geschäftsleute verweigerten die Unterstützung.

Die starke Bewegung ist in der Versenkung verschwunden, doch die harten Kerne machen weiter.

(Hans)

Dienstag, 03. Oktober 2017, morgens, Thessaloniki

## **Wenn Sonntag kein Feiertag ist, dann ist kein Sonntag**

Seit Beginn der Wirtschaftskrise in Griechenland wird argumentiert, dass das Wachstum verstärkt werden könnte, indem durch Lohnkürzungen und Abschaffung der Tarifverträge Investitionsanreize geschaffen würden. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird als der einzige Weg propagiert, aus der Krise zu kommen. Neben flexibilisierten Arbeitszeiten und unbezahlten Überstunden zählt dazu auch die Einführung der Sonntagsarbeit. 108 Jahre nach der Einführung des Sonntagsfeiertags in Griechenland wird er wieder in Frage gestellt. Parallel dazu sind Forderungen von der Seite der Arbeiter\*innen unter dem Druck der Entlassung sehr schwierig geworden. Um mehr über den Kampf gegen das Kapital unter diesen schwierigen Bedingungen zu erfahren, haben wir uns mit der Basisgewerkschaft gegen Sonntagsarbeit in Thessaloniki getroffen.

„Unser Kampf hat 2013 begonnen, als durchgesetzt wurde, dass die Geschäfte sieben Sonntage im Jahr öffnen können.“ Ein Jahr später versuchte die damalige Regierung aus Nea Dimokratia und PASOK durchzusetzen, dass an allen 52 Sonntagen im Jahr geöffnet werden darf. Infolge der Proteste wurde die Zahl aber nur um einen Sonntag erhöht. Der 3. Gesetzesentwurf zum Thema von 2015 ermöglicht durch seine Formulierung „mehrere Sonntage“, die Situation weiter zu verschärfen. Vor diesem Hintergrund vereinbarten Syriza und die Troika 2017, dass die Geschäfte in touristischen Gebieten an 32 Sonntagen öffnen dürfen. Die touristischen Gebiete umfassen insgesamt sieben Orte in Athen (insbesondere Zentrums-, Hafen- und Flughafen-Gebiet) sowie das historische Zentrum in Thessaloniki. Das Urteil wurde mit steigenden Besucherzahlen und der steigenden Handelsaktivität in den zwei großen Städten begründet.

Nach der Verhandlung mit der Troika behauptete der Wirtschaftsminister D. Papadimitriou, dass die Regierung mit dieser Maßnahme nicht einverstanden sei. Allerdings hat er ergänzt: „Wir können die Maßnahme als Modernisierung der Gesellschaft sehen, zumal die Sonntagsöffnung der Geschäfte in

den meisten europäischen Städten und den USA erlaubt ist.“ Dass Syriza nicht mit den eigenen Gesetzen einverstanden ist, ist nichts Neues. Ähnliche Sprüche lassen sich in Beiträgen von Syriza-Politikern finden, wo sie sich als Regierungspartei sowie gleichzeitig als Oppositionspartei gegen sich selbst darstellt.

Untersuchungen der Gewerkschaften machten deutlich, dass kleine Geschäfte die zusätzlichen Betriebskosten am Sonntag nicht tragen können und nur große Konzerne in touristischen Bezirken von der Gesetzesänderung profitieren. Letztlich stellt sich die Frage: Wie soll der Konsum ansteigen, wenn das Einkommen der meisten Menschen kaum zum Überleben reicht?

„Vor der Krise waren nur 11% der Angestellt\*innen in der Basisgewerkschaft organisiert. Damals war die Basisgewerkschaft nicht so stark. Jetzt hat sich die Situation geändert. Das Interesse ist durch die Krise gewachsen. Nach der Abschaffung der Tarifverträge unterschreibt jede/r Arbeiter\*in einzeln seinen Vertrag und ist den Chef\*innen vollkommen ausgeliefert. Die ursprünglich fünf Arbeitstage sind auf sechs erhöht worden, bei weniger Geld und unsicherer Zukunft. Unter dem Druck der Entlassung hat das zur Konsequenz, dass sich eine niedrige Zahl von Angestellt\*innen an den Streiks beteiligt.“

Seit 2013 hat sich der Kampf gegen die Sonntagsarbeit verstärkt. Der Kampf wird weniger von den großen Gewerkschaften und Parteien unterstützt, als von den Basisgewerkschaften und Genoss\*innen aus dem linksradikalen und anarchistischen Spektrum. Die Basisgewerkschaft versucht seitdem an jedem verkaufsoffenen Sonntag Leute zu mobilisieren. „In den letzten zwei Wochen haben wir 15-18 Läden von insgesamt etwa 100 blockiert. Im Durchschnitt kommen jedes Mal ca. 50 bis 100 Aktivist\*innen mit. Es gab aber Momente, wo die Bewegung mit 3 bis 4.000 Menschen die Läden blockiert hat.“ Blockiert werden normalerweise Filialen großer Ketten wie Public (ähnlich wie Saturn), Bershka, H&M, Zara, Notos Galleries (ähnlich wie Karstadt), Stradivarius usw., die im Zentrum von Thessaloniki liegen.

„Keine\*r von uns arbeitet in diesen Unternehmen. Es ist eine Art von Solidarität für die Leute, die vor Ort arbeiten“, erzählen sie. Nach vielen erfolgreichen Geschäfts-Blockaden in Thessaloniki haben sich die Mitarbeiterinnen von Notos Galleries im Sommer organisiert und selber den Eingang ihres Geschäfts blockiert. Dazu haben sie versucht, die Leute über den Hintergrund ihrer Aktion zu informieren und sie von ihrem Sonntagseinkauf abzubringen. Dasselbe ist auch in einer Public-Filiale passiert. Zusätzlich haben die Mitarbeiter\*innen beschlossen, den Laden an keinem Sonntag zu öffnen und haben damit Erfolg. Die schlechten Arbeitsverhältnisse in Public sind schon bekannt. Flexible Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, Black Fridays und Sonntagsarbeit gehören zu ihrer Geschäftspolitik.

In der Provinz ist die Situation ein bisschen anders. Es gibt keine Sonntagsarbeit, aber ebenfalls sogenannte „Weißen Nächte“ oder die „Black Fridays“.

Sonntagsarbeit verpflichtet den Arbeitgeber\*in eigentlich, 75% des Gehalts zusätzlich zu zahlen und einen extra freien Tag in der nächsten Woche zu geben. Oft halten sich die Arbeitgeber\*innen aber nicht an diese Verpflichtungen, insbesondere in der Gastronomie. „Das Problem in der Gastronomie ist, dass die Mitarbeiter\*innen nicht für lange Zeit dort arbeiten. Es gibt allgemein, aber insbesondere in der Gastronomie, eine Tendenz zum „Arbeitskraft-Recycling“. Viele Arbeitskräfte werden nach einem Jahr gekündigt, weil sie sonst das Recht haben, etwas Besseres zu kriegen. Die Folge dieser Praxis ist, dass die Sicherung von Arbeitsrechten sehr schwierig ist. „Für einige Monate arbeitest du in einem Café; nach sechs Monaten bist du in einem Klamottenladen und danach in etwas anderem“, sagt D. aus der Basisgewerkschaft.

Außerdem ist es schwieriger, mit den Mitarbeiter\*innen in kleinen Läden in Kontakt zu bleiben. „Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber\*in und Arbeitnehmer\*in in kleinen Läden ist anders als in großen Konzernen. Das hat sowohl Vor- als auch Nachteile. Einerseits öffnen die wenigsten dieser Läden sonntags, andererseits würde als Gefallen verlangt zu arbeiten, wenn sie doch öffnen.“ Er endet damit: „Es ist sehr schwer diese Mitarbeiter\*innen zu informieren und in Kontakt mit ihnen zu kommen, da der Arbeitgeber\*in den Mitarbeiter\*innen näher ist als wir.“

Alle Einschränkungen der Rechte von Arbeiter\*innen, die „Weißen Nächte“ und „Black Fridays“, die Sonntagsarbeit und die insgesamt flexibilisierten Arbeitszeiten helfen in erster Linie den großen Unternehmen, ihre Profite auf Kosten kleinerer Unternehmen zu erhöhen. Es stellt eine neoliberale Absurdität dar, dass die Bevölkerung einen Teil des verkürzten Gehaltes für Konsumterror ausgibt oder dass die Touristen während ihre Urlaubs in Griechenland ihre Einkäufe machen werden. Vor der Krise hatten die gleichen Produkte in allen Läden dieselben Preise. Heutzutage müssen kleine Läden wie z.B. Buchläden, Drogerien, Apotheken oder kleine Lebensmittelgeschäfte schließen, weil sie nicht mehr mit den großen Unternehmen konkurrieren können. Die Folge ist, dass sich die Zahl der Selbstständigen verringert und die meisten Menschen abhängig beschäftigt in großen Ketten arbeiten.

Es geht nicht allein um die Sonntagsarbeit. Sie ist nur ein sichtbares Beispiel für den massiven Abbau von Arbeiter\*innenrechten sowie für Lohnkürzungen und die Abschaffung von Tarifverträgen.

(Dimi)

Dienstag, 03. Oktober 2017, in Thessaloniki

## **Griechische Flughäfen – ein Schnäppchen für Fraport**

Als eine der wesentlichen Bedingungen für die Verlängerung der griechischen Staatsschulden wurde in den Memoranden die Privatisierung von griechischem Staatsbesitz festgelegt. Insbesondere Deutschland drängte darauf, eine Behörde nach dem Muster der deutschen Treuhandgesellschaft einzurichten. Vor zwei Jahren schloss der Flughafenbetreiber Fraport, der mehrheitlich der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen gehört und seit 2001 an der Börse notiert ist, mit diesem Privatisierungsfonds einen Konzessionsvertrag über 40 Jahre ab. Dieser betrifft den Flughafen in Thessaloniki sowie die 13 lukrativsten Inselflughäfen, darunter Korfu, Kefalonia, Mykonos, Rhodos und Santorini, und bietet dem zukünftigen Betreiber optimale Bedingungen. Demnach wird er einmalig 1,2 Mrd. € und jährlich einen Mietzins von 22,9 Mill. € an den Taiped-Fonds zahlen, die wie bei der Privatisierung des Hafens von Piräus für die Schuldentilgung eingesetzt werden sollen. Fraport wird von der einheitlichen Immobiliensteuer (Enfia) sowie von kommunalen Gebühren befreit, zudem werden drei neue Gebühren eingeführt, die an Fraport gehen. Er soll innerhalb der ersten vier Jahre Investitionen von 330 Mill. € tätigen, der griechische Staat hingegen für Schäden an den übertragenen Werten innerhalb der Laufzeit aufkommen. Für Umweltverträglichkeitsprüfungen und entsprechende Anpassungen der Ausrüstung haftet ebenfalls der Staat. Fraport ist berechtigt, für Kosten oder entgangene Gewinne durch Änderungen des Rechtsrahmens (z.B. für Arbeitsverträge), Streik oder Verzögerungen im Luftverkehr Entschädigungen zu fordern. Für Personen- und Sachschäden sowie für Todesfälle haftet ebenfalls der Staat und er muss auch für Entschädigungen von entlassenen Arbeiter\_innen und für Firmen, die von Fraport gekündigt werden, aufkommen. Zudem ist er verpflichtet, die Erteilung von Visen und Aufenthaltserlaubnissen von Arbeiter\_innen außerhalb der EU zu erleichtern. Ein „unabhängiger Ingenieur“, der von Fraport bezahlt wird, kann in Zukunft das gesamte Projekt beaufsichtigen und dabei Behörden wie die der Luftfahrt ersetzen. Dieser kann auch bei Streitigkeiten über Finanzen und Leistungen schiedsrichterlich einschreiten, wofür wiederum der Staat aufzukommen hat. Anhand von dessen Gutachten fordert Fraport nun 70 Mill. € Schadensersatz für durchgebrannte Lampen, kaputte Türen, verschwundene oder nicht funktionierende Feuerlöscher. Die Summe ist deutlich mehr als Athen mit dem Verkauf der Staatsbahn an die italienische Ferrovie Anfang September eingenommen hat (45 Mill. €) oder als die 30 Mill. €, die die Regierung 2018 bei den Heizkostenzuschüssen für in Armut lebende Familien einsparen soll. Im Geschäftsbericht für die ersten neun Monate 2017 hat Fraport mitgeteilt, dass die seit April eingerechnete Tochter Fraport Greece etwa 180 Mill. € zum Umsatzanstieg auf 2,2 Mrd. € beisteuerte. Mit 106 Mill. € trug sie schon ein Achtel zum Gewinn vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen von insgesamt 808 Mill. € bei.



Als wir Dimitris Nanouris von der Gewerkschaft der staatlichen Angestellten des Flughafens (SYKATH) sowie der Föderation der griechischen Arbeiter\_innen der zivilen Luftfahrt (OSYPA) am Flughafen von Thessaloniki trafen, erzählte er uns, dass sie den gesamten Vertrag ablehnen und so auch letztes Jahr bei einer Pressekonferenz von Fraport erklärt haben, dass diese als Eroberer gekommen sei. Auch haben sie durch die aktuellen Forderungen von Fraport erfahren, dass statt der zugesagten 1,2 Mrd. tatsächlich nur 600 Mill. € gezahlt worden sind. Jedoch seien ihre Kapazitäten zu gering, um nach diversen Streiks weiter gegen den Vertrag zu agieren, und so setzen sie auf die Klage, die sie beim obersten Zivil- und Strafgericht eingereicht haben. Zuvor lag der Fall beim obersten Verwaltungsgericht, das sich jedoch für unzuständig erklärte, da es eine politische Entscheidung sei. Seine Gewerkschaft ist für die Arbeiter\_innen zuständig, die den gesamten Verkehr in der Luft kontrollieren und weiterhin vom Staat bezahlt werden. Daher haben sie kein Recht, für andere zu verhandeln, und standen bisher auch noch nicht direkt in Kontakt zu Fraport. Bei dem Betreiber arbeiten die Menschen im Bodenbereich, überwiegend bei den Unternehmen Goldair Handling und Swissport. Dimitris sagte, dass sie 250-300€ im Monat verdienen und oft nur Verträge für einen Tag oder einen Monat haben. Fraport versuche, die Unternehmen zu ersetzen, und bringt zuweilen eigene Arbeiter\_innen vom kleineren Flughafen Kavala mit einer Fahrzeit von 2 Stunden nach Thessaloniki. Bei einem Treffen Anfang des Jahres in Berlin konnten die deutschen Betriebsräte von Fraport nicht glauben, dass es keine kollektiven Verträge gebe. Sie zeigten sich zufrieden mit dem Unternehmen, da es die Tarifverträge einhalten würde, könnten aber versuchen ein gutes Wort einzulegen. Dimitris meinte, dass alle Lohnabhängigen auf der Welt dasselbe Interesse hätten, diese in Griechenland mit 1,5 Mill. Arbeitslosen jedoch, anders als in den 90er Jahren, sich nicht mehr gleichermaßen zur Wehr setzen können.

(Marc)